

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 27.10.2021

Tagungsort: Jüdische Kultusgemeinde Bielefeld, Detmolder Str. 107,
33604 Bielefeld

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:45 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Frau Dr. Asma Ait Allali
Herr Robert Alich
Frau Zehra Arslan
Herr Murat Aykanat
Herr Jan Banze
Frau Jana Bohne
Herr John Simon Chowdry
Herr Vincenzo Copertino
Frau Hanane El Alaoui
Herr Mohamad Jdea
Herr Cihad Kefeli
Herr Kamal Madougou-Zongo
Herr Jan Maik Schlifter
Frau Brigitte Stelze
Herr Cemil Yildirim
Herr Jürgen Zilke

Stellvertretende Mitglieder

Frau Lena Oberbäumer
Frau Ursula Varnholt

Von der Verwaltung

Herr Ingo Nürnberger (Beigeordneter für Soziales und Integration)
Frau Brigitte Mundt (Kommunales Integrationszentrum)

Schriftführung

Frau Annegret Grewe

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Vorstellung der Jüdischen Kultusgemeinde Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Die Vorsitzende der Gemeinde, Frau Michelsohn, informiert über die Geschichte und die vielfältigen Aktivitäten der Gemeinde. Sie unterstreicht die liberale Ausrichtung der Bielefelder Gemeinde und weist darauf hin, der weitaus überwiegende Anteil der Gemeindemitglieder habe einen Zuwanderungshintergrund (vorwiegend aus Ländern der ehem. Sowjetunion). Die Gemeinde biete u.a. Deutschkurse, Sozialberatung, Bekenntnisunterricht, Familien-, Kinder- und Jugendangebote, ein Kulturprogramm. Die Finanzierung erfolge durch Steuern, Spenden und staatliche Unterstützung.

Frau Vorsitzende Adilovic würdigt die engagierte Arbeit der Jüdischen Gemeinde Bielefeld, die Ausdruck der Vielfalt in der Stadt sei.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 22.09.2021**

Herr Kefeli merkt an, der Appell, den Integrationsrat, frühzeitig an der Konzeptionierung der für 2022 geplanten Kulturveranstaltungsreihe „Gastarbeiter*innen“ zu beteiligen, sei von mehreren Mitgliedern getragen. Er bekräftigt den Appell erneut.

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 22.09.2021 wird mit der Änderung unter Top 14 „...stellt Frau Grewe die Aufgaben der Geschäftsführung dar, dazu gehören u.a.: ...“ genehmigt.

- Mehrheitlich beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Frau Grewe berichtet, das Historische Museum habe heute einen ersten Entwurf (Grobkonzept) für eine geplante Ausstellung „Gastarbeiter*innen“ in 2022 als Grundlage für die Gespräche mit dem Integrationsrat vorgestellt. Ein Termin dafür werde zeitnah vereinbart.

Herr Kefeli bittet, die Umsetzung der Initiative des Landesintegrationsra-

tes für einen Schüler*innen-Wettbewerb zu „60 Jahre Deutsch-Türkisches Anwerbeabkommen“ auch in Bielefeld zu unterstützen.

Frau Adilovic nahm am 25.10. an einer Feierstunde „25 Jahre Landesintegrationsrat NRW“ teil und informiert über ihre Kandidatur für dessen Vorstand. Der Hauptausschuss des Gremiums tagte am 06.11.2021 in Harsewinkel.

Frau Adilovic bittet, das Protokoll der Sitzung am 25.06.2021 fertigzustellen.

Frau Ait Allali informiert über einen Besuch von Mitgliedern des Integrationsrates im Grünen Würfel.

-:-

Zu Punkt 4 Anfragen

Herr Alich fragt, aus welchem Grund der Herkunftssprachliche Unterricht Arabisch in den späten Nachmittagsstunden angeboten wird.

-:-

Zu Punkt 5 Anträge

-:-

Zu Punkt 5.1 Aufnahme der Jüdischen Kultusgemeinde als Mitglied des Integrationsrates (Antrag des Vorstandes)

Frau Adilovic bittet, diesen Punkt als 1. Lesung einzuordnen. Das Gremium stimmt dem Vorschlag mehrheitlich zu. Sie erläutert den Antrag des Vorstandes (s. Anlage).

Frau Michelsohn dankt Frau Adilovic und unterstreicht den Migrationshintergrund der Mehrzahl der Gemeindemitglieder.
Es diskutieren Herr Yildirim, Frau Stelze, Herr Zilke.
Die Gemeinde erklärt ihre Bereitschaft, nach Terminabsprache mögliche weitere Fragen des Gremiums zu beantworten.

-:-

Zu Punkt 6 Bericht aus dem Dezernat Soziales und Integration

Herr Nürnberger informiert: Ab Februar 2022 wird Herr Norbert Wörmann die Leitung des Kommunalen Integrationszentrums (KI) übernehmen. Die

Entscheidung wurde in Abstimmung mit Herrn OB Clausen und dem Personalrat getroffen. Herr Wörmann wird sich vs. in der Januarsitzung diesem Gremium vorstellen. Die Schwerpunktsetzung der Arbeit des KI in den kommenden zwei Jahren erfolgt in Abstimmung mit dem Integrationsrat. Eine Fokussierung sei notwendig.

Er beantwortet Nachfragen von Frau El Alaoui und Herrn Zilke, die sich auf die Ausschreibung der Stelle beziehen und auf das Anliegen des Integrationsrates, das Bewerber*innen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden. Frau Adilovic appelliert, den Integrationsrat bei künftigen Stellenbesetzungen zu beteiligen. Herr Schlifter hält die Beteiligung des Gremiums insbesondere auch bei der Besetzung der Stelle der Geschäftsführung für sehr wünschenswert.

-.-.-

Zu Punkt 7

Peer to Peer Projekt: Präventionsangebot gegen Antisemitismus und (antimuslimischen) Rassismus

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2259/2020-2025

Frau Mundt erläutert die Konzeption des geplanten Vorhabens anhand einer Präsentation und beantwortet Fragen der Mitglieder. Es beteiligen sich Frau Michelsohn, Herr Chowdry, Herr Zilke, Frau Oberbäumer, Herr Schlifter, Frau El Alaoui und Herr Kefeli.

Herr Kefeli beantragt, eine Änderung des Titels. Frau Adilovic lässt über den Änderungsantrag abstimmen:

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt folgende Änderung der Bezeichnung des Projekts: „Peer to Peer Projekt: Präventionsangebot gegen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Rassismus“.

- Bei drei Enthaltungen mehrheitlich beschlossen –

Im nächsten Schritt lässt die Vorsitzende über die Beschlussvorlage unter Einbezug der beschlossenen Änderung der Bezeichnung abstimmen:

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt auf Basis seiner Resolution gegen Antisemitismus vom Mai d. J., der Schul- u. Sportausschuss, der Jugendhilfeausschuss beschließt die Umsetzung eines Peer to Peer Projektes als Präventionsangebot gegen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Rassismus durch das Kommunale Integrationszentrum.

- Bei zwei Enthaltungen mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Sprach- und Kulturmittler*innen - Fortsetzung für das Jahr 2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2542/2020-2025

Beschluss

Der Integrationsrat und der Psychiatriebeirat empfehlen, der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

1. Die Arbeit der Sprach- und Kulturmittler*innen wird bis zum 31.12.2022 fortgeführt.
2. Die hierfür anfallenden Kosten von ca. 5.000 € werden aus dem Integrationsbudget finanziert.

- Bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Nutzung des "Grünen Würfels" in den Jahren 2022 und 2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2286/2020-2025

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte, der Integrationsrat, der Fachbeirat für Mädchenarbeit, der Jugendhilfeausschuss, der Sozial- und Gesundheitsausschuss und der Finanz- und Personalausschuss empfehlen, der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

1. Der Grüne Würfel soll im Jahr 2022 und 2023 als Begegnungszentrum weitergeführt und zu einem längerfristigen Angebot entwickelt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen:
 - 1.1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Vermieterin BGW eine Vereinbarung über die weitere Nutzung zu treffen und über die Verlängerung des Mietvertrags zu verhandeln. Die Verwaltung prüft in diesem Zusammenhang, ob bei einer langfristigen Nutzung des Grünen Würfels als Begegnungszentrum der Erwerb des Gebäudes im Vergleich zur weiteren (dauerhaften) Anmietung die wirtschaftlichere Lösung darstellt und klärt mit der Eigentümerin, ob und zu welchen Bedingungen die Bereitschaft zu einem Verkauf besteht.
 - 1.2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Betrieb im Jahr 2022 wie bisher selbst zu gewährleisten. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit den freien Träger*innen und Nutzer*innen des Grünen Würfels ein kooperatives Träger- und Finanzierungsmodell für einen

langfristigen Betrieb zu entwickeln – mit dem Ziel, den Betrieb ab dem oder im Jahr 2023 auf einen Trägerverbund zu übertragen (Träger- / Vereinskoooperation, Bürger*innenorganisation o.ä.).

1.3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Ratsgremien über die Angebote im Grünen Würfel und über die Entwicklung des Träger- und Finanzierungskonzepts sowie über die Gespräche mit der BGW regelmäßig zu berichten. Das Träger- und Finanzierungskonzept wird den Ratsgremien rechtzeitig zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

2. Die erforderlichen Miet-, Sach- und Personalkosten für den Betrieb des Grünen Würfels in Höhe von 329.400 € im Jahr 2022 werden aus nicht verausgabten Mitteln für den Betrieb des Grünen Würfels in den Jahren 2020 und 2021 sowie dem Integrationsbudget finanziert. Ab dem Jahr 2023 werden in der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt die notwendigen Mittel von 344.400 € jährlich eingestellt.

- Mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 10 Haushaltsplan und Stellenplan 2022 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2188/2020-2025

Beschluss

Die Beiräte und der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2022 mit den Plandaten für die Jahre 2023 bis 2025 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt.
2. Dem **Teilergebnisplan** der

Produktgruppe	Haushaltsjahr	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlicher Aufwendung
11.01.31 Integrierte Sozialplanung u. Prävention	2022	826.724 €	3.00

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Haushaltsjahr	Investive Einnahmen	Investive Ausgaben
---------------	---------------	---------------------	--------------------

11.01.31 Integrierte Sozialplanung u. Prävention	2022	0 €	4.000 €	
---	------	-----	---------	--

wird unter Berücksichtigung der als Anlagen 2 und 6 beigefügten Veränderungslisten Haushaltsplanaufstellung 2022 - 2025 mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppe 11.01.31 für den Haushalt 2022 wird zugestimmt.
4. Dem **Stellenplanentwurf** 2022 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention entsprechend Anlage 4 wird zugestimmt.
5. Den in Anlage 5b dargestellten **weiteren Personalbedarfen** für 2022 wird zugestimmt.

- Mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 11

Haushaltsplan und Stellenplan 2022 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2128/2020-2025

Beschluss:

Die Beiräte und der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2022 mit den Plandaten für die Jahre 2023 bis 2025 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der nachstehenden Produktgruppen wird unter Berücksichtigung der als Anlage 2 beigefügten „Veränderungsliste Haushaltsplanaufstellung 2022 – 2025“ mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt, soweit keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden:

Produktgruppe	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Finanzerträge	Ordentliche Erträge
11.01.66 SGA, Seniorenrat, Beiräte	2.441 €	121.034 €	0 €	
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	84.582.458 €	127.396.997 €	0 €	42.8
11.05.02 Sicherung des Lebensunterhalts	58.413.712 €	75.412.306 €	12.000 €	16.9
11.05.03 Besondere soziale Leistungen	14.956.475 €	81.817.882 €	0 €	66.8
Insgesamt	157.955.086 €	284.748.219 €	12.000 €	126.7

3. Den **Teilfinanzplänen A und B** der nachstehenden Produktgruppen wird zugestimmt:

Produktgruppe	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis 2022
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	0 €	44.100 €	
11.05.03 Besondere soziale Leistungen	51.000 €	70.000 €	
Insgesamt	51.000 €	114.100 €	

4. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.

5. Dem **Stellenplan 2022** für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - wird unter Berücksichtigung der als Anlage 7 beigefügten „Ergänzung zur Veränderungsliste für den Stellenplan 2022“ zugestimmt.

6. Der Änderung zu den „Erläuterungen zu den Haushaltspositionen“ zu Produktgruppe 11.05.03 wird zugestimmt.

- Mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 12

Haushaltsplan und Stellenplan 2022 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1992/2020-2025

Beschluss:

Die Beiräte und der Jugendhilfeausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2022 mit den Plandaten für die Jahre 2023 bis 2025 wie folgt zu beschließen:

6. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.

7. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Bezeichnung	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlicher Aufwendung
11.01.67	JHA, UA Jugendhilfe, Mädchenbeirat, Bündnis f. Familie	49 €	261.50
11.05.07	Unterhaltsvorschuss	11.338.256 €	13.788.60
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	104.530.223 €	201.834.00
11.06.02	Förderung von Familien	8.764.502 €	95.630.30
11.06.03	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	33.003 €	1.565.70
Summen		124.666.032 €	313.080.40

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlung
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	20.000 €	755.50
11.06.02	Förderung von Familien	10.000 €	67.00
Summen		30.000 €	822.50

wird unter Berücksichtigung der als Anlage 2 beigefügten **Veränderungsliste Haushaltsplanaufstellung 2022 - 2025** mit den aufgeführten Änderungen in der Produktgruppe 11.06.01 -Förderung von Kindern/Prävention“ zugestimmt.

8. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 für den Haushalt 2022 wird zugestimmt.
9. Dem **Stellenplanentwurf 2022** für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt- entsprechend Anlage 4 (Gesamtveränderungsliste Stellenplan 2022) wird zugestimmt.
10. Den **Anträgen freier Träger zum Haushalt 2022** auf Gewährung von Zuschüssen nach den Verfahrensrichtlinien der Stadt Bielefeld entsprechend der Anlage 6 wird zugestimmt.

- Mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 13

Haushalts- und Stellenplan 2022 für das Kommunale Integrationszentrum

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2225/2020-2025

Beschluss:

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2022 mit den Plandaten für die Jahre 2023 bis 2025 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.27 „Kommunale Integrationsarbeit“ wird zugestimmt.

2. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.27 wird zugestimmt:

Produktgruppe	Bezeichnung	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.27	Kommunale Integrationsarbeit	1.160.690€	2.257.610€	1.096.920€

4. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.27.06 wird zugestimmt.

5. Dem Stellenplan 2022 für das Kommunale Integrationszentrum entsprechend Anlage 1 (Gesamtveränderungsliste 2022) wird zugestimmt.

5. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppe 11.01.27 „Kommunale Integrationsarbeit“ wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Murisa Adilovic

Annegret Grewe (Schriftführung)

Anlage zu TOP 5.1

Antrag des Vorstandes des Integrationsrates Bielefeld

Beschlussvorschlag:

Gemäß den § 2, Absatz 4 der Satzung des Integrationsrates vom 14.02.2014 und analog § 58 Absatz 3 Satz 6 GO NRW über die Zusammensetzung der Ausschüsse, beschließt der Integrationsrat:

Die Aufnahme der Jüdischen Kultusgemeinde als beratendes Mitglied in Reihen des Integrationsrats Bielefeld. Die Benennung der Vertreter*in wird, wie auch in anderem Ausschüssen üblich, durch die Jüdische Kultusgemeinde erfolgen und für die nächste Sitzung des Integrationsrates vorbereitet.

Begründung:

Nach seiner Satzung“ kann Integrationsrat aus besonderen Migrantengruppen, die im Integrationsrat nicht vertreten sind, eine Vertreterin bzw. einen Vertreter als Sachverständige, bzw. als Sachverständiger zu seinen Beratungen hinzuziehen.“

Die Mitglieder der Jüdischen Kultusgemeinde sind zum großen Teil nach Bielefeld immigrierte Menschen und gehören aus unserer Sicht nicht zuletzt aufgrund der Vorgeschichten, aber vor allem aufgrund der gegenwärtigen Umgang mit dieser Bevölkerungsgruppe einer sogenannten besonderer Migrantengruppe an.

Denn, „die Geschichte der jüdischen Gemeinde Bielefeld könnte so alt wie die Geschichte der 1214 gegründeten Stadt Bielefeld selbst sein...Könnte, wenn da nicht seit Jahrhunderten konsequente Verfolgung, Vertreibung und Ermordung betrieben wäre.

Die Antragsbegründung befasst sich jedoch nicht mit der Aufarbeitung der Geschichte. Vielmehr möchten wir als politische Vertreter der Menschen mit internationalen Familiengeschichten heute, in diesem **Haus der Hoffnung** – das ist die Übersetzung des Namens Beit Tikwa, einen politischen Akt des Respekts, der Solidarität und des Zusammenhalts mit denjenigen die immer noch stark angefeindet und Gefahren des menschenfeindlichen Angriffs ausgesetzt sind, festigen. In Zeiten von immer mehr aufsteigenden Antisemitismus ist es uns besonders wichtig klare Kante zu zeigen und politische Beschlüsse zu fassen, die dem Antisemitismus in der Praxis stark entgegen. Im Mai dieses Jahres hat der Integrationsrat eine Resolution gegen Antisemitismus gefasst, der auch zum Teil der Rat der Stadt Bielefeld gefolgt ist.

Darin heißt es unter anderem- „aufgrund des immer mehr an Dynamik gewinnenden Antisemitismus, fordern wir als Integrationsrat der Stadt Bielefeld die schnellstmögliche Implementierung und Umsetzung der notwendigen Maßnahmen, vor allem der von uns genannten Maßnahmen gegen Antisemitismus.“

Um verschiedene und dringend notwendige Maßnahmen bestmöglich herauszufiltern, braucht es natürlich auch dem dafür notwendigen Wissen- Wissen aus der ersten Hand der Betroffenen, die in diesem Fall die Mitglieder der Jüdischen Kultusgemeinde sind. Denn auch hier gilt der Grundsatz dem Integrationsrat in seiner politischen Betätigung treu folgen will: „nur unter Einbeziehung der Menschen um die, oder dessen Problematik es geht, können Endergebnisse dem besseren Wohlergehen aller beitragen.

Bekannter Weise ist der Integrationsrat, wie kein anders Gremium der Stadt durch Vielfalt seiner Mitglieder geprägt. Menschen verschiedener Religionen, Herkunft und weltanschaulichen arbeiten in diesem Gremium Zusammen und gehen respektvoll miteinander um. Viele möglich vorhandenen gegenseitige Vorurteile werden durch diese enge Zusammenarbeit und dadurch erwirkte Annäherung abgebaut, was auch einer der für Begründung dieses Antrages wichtiger Aspekt ist.

Wir sind davon überzeugt, dass man durch die Aufnahme der jüdischen Gemeinde als beratendes Mitglied in unserem Gremium, im Integrationsrat zusätzlichen Synergieeffekte schaffen kann, die der Eindämmung der Menschenfeindlichkeit jedweder Art beitragen können, wodurch letztlich auch die gesamte Stadtgesellschaft profitieren wird, daher auch unsere bitte um Zustimmung des vom Vorstand gestellten Antrages.

